

TELEKOMMUNIKATION

Obermann soll entscheiden

Bei der Deutschen Telekom ist ein heftiger Streit über den weiteren Umgang mit den umstrittenen Internet-Flatrate-Tarifen und der darin enthaltenen Drosselung der Surfgeschwindigkeit entbrannt. Hintergrund ist ein Urteil des Landgerichts Köln aus der vergangenen Woche. Auf Klage von Verbraucherschützern hatten die Richter entschieden, dass der Bonner Konzern die Internettarife, in denen die Surfgeschwindigkeit nach Überschreiten einer Datenobergrenze gedrosselt werden sollen, nicht als „Flatrate“ bezeichnen darf. Das führe Verbraucher in die Irre, so die Kammer. Als Konsequenz aus dem Richterspruch will ein Teil des Managements nun das gesamte Tarifsysteem überarbeiten und klare, für die Kunden verständliche Aussagen über Leistungen und Preise formulieren. Die Telekom, so ihr Argument, würde damit eine Vorreiterrolle in der Branche einnehmen und könnte verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Die Hardliner im Konzern hingegen wollen Berufung gegen das Urteil einlegen. Sie weisen darauf, dass im Mobilfunkmarkt viele als „Flatrate“ bezeichneten Tarife seit langem gedrosselt worden seien, was bislang nicht beanstandet wurde. Eine Entscheidung über den weiteren Kurs soll bereits in den nächsten Tagen fallen, wenn Vorstandschef René Obermann von einer mehrtägigen USA-Reise zurück ist.

CATHERINA HESS / SUEDEDEUTSCHER VERLAG

IHK München



KAMMERN

Maroder Prunkbau

Einer der größten Wirtschaftsorganisationen Deutschlands, die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, droht ein finanzielles Debakel. Auslöser ist die geplante Generalsanierung ihres über hundert Jahre alten Stammhauses in der Münchner Innenstadt. Auf Betreiben von zwei kürzlich verstorbenen IHK-Funktionären hatte die Vollversammlung der 382.000 Mitgliedsfirmen vor gut zwei Jahren beschlossen, das denkmalgeschützte Gebäude umfassend zu renovieren. Für den Umbau und die Anmietung eines Ausweichquartiers wurden knapp 73 Millionen Euro aus angesammelten Rücklagen bereitgestellt. Der ohnehin stolze Betrag dürfte

allerdings noch deutlich ansteigen, weil die Arbeiten schon seit längerem ruhen und sich die Fertigstellung des Großprojekts um bis zu zwei Jahre verzögert. Grund sind unter anderem mangelhaft beseitigte Kriegsschäden und das marode Fundament des Prunkbaus. Der beauftragte Generalplaner hatte auf die Probleme nach eigenen Angaben frühzeitig hingewiesen. Trotzdem wurde ihm nun überraschend gekündigt, wegen mangelnder Termintreue und angeblicher Qualitätsmängel. Eine Firmensprecherin weist die Vorwürfe zurück, will sich zu Details aber nicht äußern. Auch die IHK München wollte den Vorgang nicht näher kommentieren.

GELD

„Am Ende gewinnt immer die Bank“



THOMAS LOHNES / DAPD

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann, 45, über seine Spielbankfotos für die „FAZ“-Werbung, an der sich vor ihm schon Prominente wie Literaturpapst Marcel Reich-Ranicki oder Kardinal Karl Lehmann beteiligt haben.

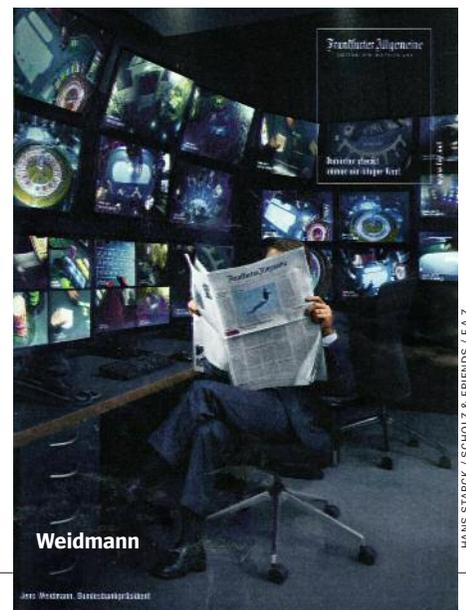
SPIEGEL: Herr Weidmann, haben Sie im Spielcasino schon mal etwas gewonnen?

Weidmann: Ich gehe normalerweise nicht ins Kasino. Das einzige Glücksspiel, dem ich mich gelegentlich hingeebe, sind die Mensch-ärgere-Dich-nicht-Partien

mit meinen Kindern. Und da verliere ich meistens.

SPIEGEL: Sie haben sich im Kontrollraum des Kasinos Baden-Baden fotografieren lassen, um für die „Frankfurter Allgemeine“ zu werben. Wollten Sie uns damit sagen, Geldpolitik ist Glückssache?

Weidmann: Die Kampagne ist Kult und besteht seit fast 20 Jahren. Ich sehe darin keine Werbung für die „FAZ“, sondern ein Bekenntnis zum Qualitätsjournalismus. Zu Ihrer Frage: Geld ist geronnenes Vertrauen. Vertrauen ist aufgrund der Finanzkrise ein Stück weit verlorengegangen, weniger in unser Geld als vielmehr



Weidmann

Jens Weidmann, Bundesbankpräsident

HANS STARCK / SCHOLZ & FRIENDS / F.A.Z.

MITBESTIMMUNG

Machnig rügt Zalando

Der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) fordert bessere Arbeitsbedingungen im Erfurter Verteilerzentrum des Online-Modehändlers Zalando. „Es muss Verbesserungen bei der Arbeitsdichte und Kontrolle der Mitarbeiter geben“, so Machnig. Er drängt darauf, dass der Versandhändler Formen der betrieblichen Mitbestimmung schafft, etwa durch die Wahl eines Betriebsrats. Bislang gibt es in keinem der drei unternehmenseigenen Logistikzentren eine Arbeitnehmervertretung. Zalando war jüngst in die Kritik geraten, nachdem sich Beschäftigte über Kontrollen und Leistungsdruck beklagt hatten (SPIEGEL 43/2013). Falle ein

Mitarbeiter als zu langsam auf, werde seine Arbeitszeit genau protokolliert, so der von Zalando bestrittene Vorwurf einiger Erfurter Beschäftigter. Machnig hat seine Kritik nach eigenen Angaben in der vergangenen Woche bei einem persönlichen Gespräch mit der Geschäftsführung des Unternehmens geäußert. Zuvor hatte er sich für eine Ansiedlung Zalandos in Thüringen starkgemacht.



Zalando-Logistikzentrum

MARTIN SCHÜTT / DPA

HAUSHALT

Schwarz-roter Zielkonflikt

Die Pläne von CDU und CSU, den Anteil der Staatsschuld von derzeit rund 80 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung innerhalb von zehn Jahren unter 60 Prozent zu drücken, gehen der SPD nicht weit genug. „Diese Zielvorgabe ist unambitioniert“, sagt SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider. Dank der guten Konjunktur vermindere sich der Wert von ganz allein. Die Unionsparteien haben ihr Vorhaben in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Rund die Hälfte des vorgesehenen Abbaus geht dabei auf das Konto der Abwicklungsbanken, die im Gefolge der Finanzkrise gebildet wurden. Deren Verbindlichkeiten blähen die Staatsschuld auf. Mehr und mehr der toxischen Papiere, die in sogenannten Bad Banks ausgelagert wurden, erlösen mittlerweile mehr als ihren Buchwert. Dadurch schrumpft die Staatsschuld. SPD-Haushälter Schneider wirft Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble zudem vor, sie hätten mit Blick auf den Etat „in den letzten vier Jahren nur von der rot-grünen Wachstumsrendite gelebt“.

in das Finanzsystem und allgemeiner auch in unsere Wirtschaftsordnung. Deshalb gab es die Debatte um „Kasino-Kapitalismus“, deshalb muss es auf den Finanzmärkten mehr Regeln und Kontrollen geben. Darauf soll das Motiv hinweisen.

SPIEGEL: Von Kasino-Kapitalismus hat zuletzt die Occupy-Bewegung gesprochen. Wollen Sie da jetzt Mitglied werden?

Weidmann: „Kasino-Kapitalismus“ hat auch der liberale Ökonom Hans-Werner Sinn als Titel für eines seiner Bücher gewählt. Man muss also nicht ideologisch der Occupy-Bewegung nahestehen, um für eine bessere Regulierung einzutreten. Die Krise hat uns gezeigt, dass moderne Finanzmärkte Risiken erzeugen, die unter Umständen die gesamte Volkswirtschaft gefährden. Deshalb müssen die Notenbanken und Aufsichtsbehörden

verstärkt darauf achten, dass solche Risiken möglichst gar nicht erst entstehen.

SPIEGEL: Bringen die Notenbanken mit ihrer Politik des billigen Geldes das Kasino nicht überhaupt erst in Schwung?

Weidmann: Das ist eine Frage, die auch mich umtreibt. Die Notenbanken weltweit haben mit ihrer lockeren Geldpolitik eine Eskalation der Krise verhindert. Aber je länger sie an dieser Politik festhalten, desto größer wird das Risiko neuerlicher Übertreibungen an den Vermögensmärkten.

SPIEGEL: Sind unsere Euro beim Roulette am Ende sicherer als auf dem Konto?

Weidmann: Im Gegenteil: Im Kasino gewinnt am Ende immer die Bank. Deshalb ist es kein Ort für vernünftige Geldanleger, sondern für diejenigen, die Spaß am Risiko haben und den Verlust ihres Einsatzes verschmerzen könnten.